Dieser Text wurde zuerst am 03.10.2022 auf www.pressenza.com unter der URL ‹https://www.pressenza.com/de/2022/10/der-hybride-krieg-der-usa-gegen-venezuela-geht-vor-gericht-der-fall-alex-saab/› veröffentlicht. Lizenz: John Philpot und Roger D. Harris, Pressenza New York, CC BY-NC-ND 4.0

Quelle: Twitter

Der Fall Alex Saab:

Der hybride Krieg der USA **gegen Venezuela** geht vor Gericht:

Botschafter Alex Saab, ein Opfer des US-Wirtschaftskriegs zur Herbeiführung eines Regimewechsels in Venezuela, befindet sich seit über zwei Jahren in Haft. Dieser Artikel berichtet über die Entwicklungen im Gerichtsverfahren des Diplomaten. Saab kämpft vor dem 8. Bezirksgericht in Miami gegen seine illegale Inhaftierung und Auslieferung.

Autoren: John Philpot und Roger D. Harris

John Philpot, Experte für internationales Strafrecht, ist Strafverteidiger und Mitglied des Barreau du Québec sowie des Konsultativrats Asociación Americana de Juristas.

Roger D. Harris ist ein anerkannter Politikwissenschaftler. Beide Autoren sind bei der FreeAlexSaab-Kampagne und der Task Force on the Americas, einer Menschenrechts-organisation, aktiv.

Als Sondergesandter Venezuelas und stellvertretender Botschafter bei der Afrikanischen Union genießt Saab gemäß dem Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen von 1961 diplomatische Immunität vor Festnahme und Inhaftierung. Obwohl die USA eine Vertragspartei dieses Übereinkommens sind, haben sie diesen Grundsatz des Völkerrechts mit Füßen getreten.

Justizielle Übergriffe aus politischen Gründen

Alex Saab wurde von den USA ins Visier genommen, weil er an der Umgehung der gegen Venezuela verhängten Sanktionen beteiligt war. Diese Maßnahmen, eine Form der kollektiven Bestrafung, zielen darauf ab, die Bedingungen so schwer zu machen, dass die Bevölkerung ihre gewählte Regierung abwählen würde. Solche einseitigen Zwangsmaßnahmen stellen eine hybride Kriegsführung dar [1] und sind nach internationalem Recht illegal [2].

Botschafter Saab befand sich auf einer humanitären Mission von Caracas nach Teheran, um im Rahmen des legalen internationalen Handels, aber unter Verstoß gegen die unrechtmäßigen US-Sanktionen, Lebensmittel, Treibstoff und Medikamente zu beschaffen. Als sein Flugzeug am 12. Juni 2020 in Cabo Verde einen Tankstopp einlegte, wurde er auf Geheiß Washingtons aufgegriffen und inhaftiert.

Er wurde gefoltert [3] und bis Dezember 2020 in Isolationshaft gehalten.

Dann wurde er unter strengem Hausarrest entlassen, jedoch ohne Besuche von Frau und Kindern und ohne die notwendige medizinische Versorgung.

Obwohl der regionale Gerichtshof der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) und der UN-Menschenrechtsausschuss seine Freilassung anordneten, wurde Saab gefangen gehalten. Die vom ECOWAS-Gericht zugesprochene Entschädigung in Höhe von 200.000 Dollar wurde nicht gezahlt.

Nach Ansicht des renommierten nigerianischen Menschenrechtsanwalts Femi Falana ist die Festnahme und Inhaftierung von Alex Saab in Cabo Verde ein Beispiel für eine „extraterritoriale, politisch motivierte richterliche Übervorteilung“ und eine „Form des Kolonialismus des einundzwanzigsten Jahrhunderts“ [4].

Am 17. Oktober 2021 gewann die Oppositionspartei die nationalen Wahlen in Cabo Verde mit einem Programm, das die Freilassung von Alex Saab vorsah. Doch am Tag zuvor hatte der lange Arm der Washingtoner „Justiz“ den venezolanischen Diplomaten einfach festgenommen, ihm einen orangefarbenen Overall angezogen und ihn in ein US-Gefängnis gesteckt.

Die USA haben kein Auslieferungsabkommen mit Cabo Verde, und weder Saabs Familie noch seine Anwälte wurden von seiner Auslieferung in Kenntnis gesetzt. Auch waren Saabs Rechtsmittel vor den Gerichten Cabo Verdes noch nicht vollständig ausgeschöpft. Seine Auslieferung war eine illegale vollendete Tatsache.

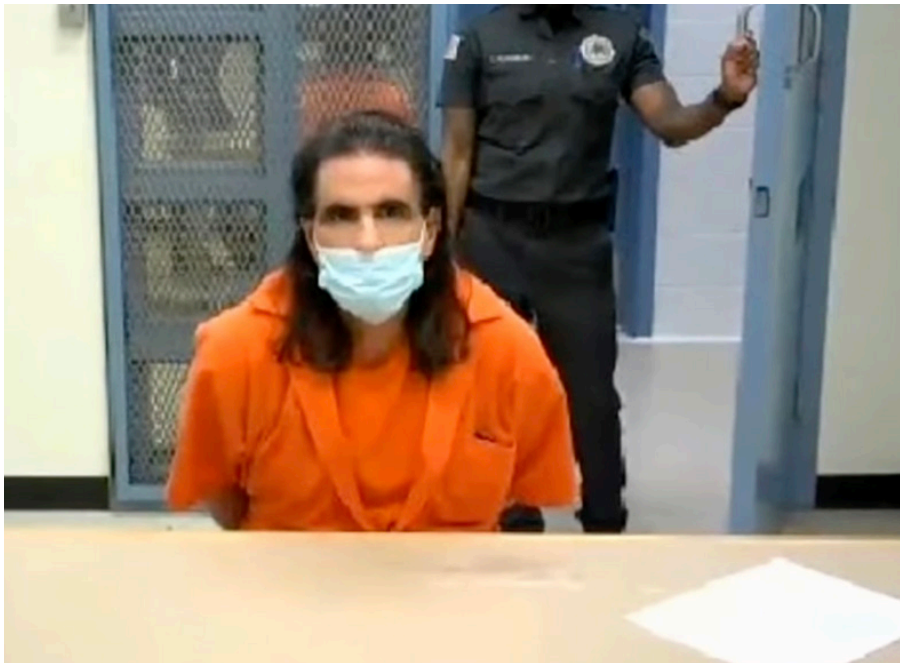
Anklage wegen Geldwäsche von den USA fallen gelassen

Die ursprüngliche Anklage gegen Herrn Saab bezog sich auf Geldwäsche in Venezuela, wobei Venezuela das angebliche Opfer war. Selbst wenn eine Anklage wegen Betrugs an der venezolanischen Regierung gerechtfertigt wäre, sollte sie in Venezuela erhoben werden und nicht in den USA, die versuchen, Venezuela auszuhungern und zu unterwerfen.

Am 1. November 2021, nach einer Art gerichtlicher Entführung in die USA, ließ Washington alle Anklagen wegen Geldwäsche gegen Saab fallen und beließ es bei einer einzigen Anklage wegen Verschwörung zur Geldwäsche.

Eine umfassende dreijährige Untersuchung von Geldwäschefällen durch Schweizer Gerichte, wo die Aktivitäten angeblich begangen wurden, hatte keine Beweise für die Behauptung der USA ergeben.

Zum Vorteil der Staatsanwaltschaft ist der verbleibende Vorwurf der „Verschwörung“ recht einfach zu beweisen, da er nur den Nachweis einer Vereinbarung erfordert, ohne dass das Ziel verwirklicht wurde. Der Kampf gegen vage Verschwörungsvorwürfe ist ein Alptraum für Verteidiger. Der Vorwurf wird oft als „Liebling der Staatsanwaltschaft“ bezeichnet.



Alex Saab in amerikanischer Gefangenschaft. (Quelle: Youtube)

Das Labyrinth des US-„Justiz“-Systems

Botschafter Saab befindet sich derzeit in einer Bundeseinrichtung in Florida in Haft. Familienbesuche sind ihm nicht möglich, da es keine Garantie für eine sichere Ausreise gibt. Die Haftbedingungen sind schwierig, die Verpflegung ist unzureichend, und er befindet sich in einer gefährlichen Umgebung, in der es keine medizinische Versorgung für seine Krebserkrankung und andere Leiden gibt.

Während seiner unrechtmäßigen Inhaftierung in Cabo Verde focht der Anwalt von Alex Saab das US-Auslieferungsverfahren mit einem „Antrag auf Aufhebung“ an, der sich auf seinen Status als Diplomat stützte.

Dieser Antrag wurde zunächst von einem „unteren“ US-Gericht abgelehnt und dann bis zum 11th Circuit Court of Appeals angefochten. Seine Berufung, mit der er die Anklage aufgrund seines Diplomatenstatus anfocht, wurde dann im Juni 2022 vom Berufungsgericht direkt an das Prozessgericht zurückverwiesen.

Im Vorgriff auf seine Anhörung am 12. Dezember hat Saab vorläufige Anträge auf Offenlegung von Beweismaterial gestellt, um einen Antrag auf Aufhebung der Anklage aufgrund seines Diplomatenstatus zu stellen. Wenn die diplomatische Immunität anerkannt wird, sollte Saab freigelassen werden. Sollte dies nicht der Fall sein, wird es zu einem Prozess wegen Verschwörung zur Geldwäsche in Venezuela kommen.

Publiziert auf Free21 am 10.12.2022, 6:00 Uhr

Antrag von Saab auf Offenlegung von Beweismitteln

Die USA könnten über entlastendes Material verfügen, das Saabs Status als Diplomat beweisen würde. Nach den so genannten Brady-Regeln [5] muss die Staatsanwaltschaft alle verfügbaren und in ihrer Verfügungsgewalt befindlichen Beweise vorlegen, die für die Verteidigung des Angeklagten hilfreich sein könnten.

Dementsprechend forderte Saab alle für seine Verteidigung wichtigen Informationen an, die sich im Besitz der US-Regierung befinden und den Diplomatenstatus betreffen, einschließlich Beweise über:

- Seine Tätigkeit als venezolanischer Sondergesandter oder andere diplomatische Funktionen.
- Ob ein anderes Land oder eine internationale oder supranationale Organisation ihn als venezolanischen Sondergesandten oder in einer anderen diplomatischen Funktion betrachtet hat.
- Seine Rolle bei den zwischenstaatlichen Aktivitäten Venezuelas mit dem Iran und der Zweck seiner Reise in den oder aus dem Iran.
- Der Flug, die Umleitung oder die Festsetzung des Flugzeugs, mit dem er reiste und das in Cabo Verde gelandet ist.
- Kenntnis von Mitarbeitern der US-Regierung von seinem diplomatischen Status, seiner Ernennung zum Sondergesandten oder seinen Aktivitäten im Namen Venezuelas.
- Dokumente, die nach seiner Festnahme und Inhaftierung in Cabo Verde bei seiner Person oder seinem Flugzeug gefunden wurden, sowie alle Informationen zu diesen Dokumenten.

Saab forderte das Gericht auf, die Offenlegung von Informationen anzuordnen, die sich im Besitz der US-Ministerien für Verteidigung, Justiz, des Finanzministeriums, des Außenministeriums (Office of International Affairs), der Abteilung für nationale Sicherheit (National Security Division), der Drogenbekämpfungsbehörde (Drug Enforcement Agency), des Bundeskriminalamts (Federal Bureau of Investigation), der Zoll- und Grenzschutzbehörde (Customs and Border Patrol) und der Heimatschutzbehörde (Homeland Security Investigations), des zentralen Nachrichtendienstes (Central Intelligence Agency) und der US-Küstenwache befinden.

Saabs Rechtsbeistand geht davon aus, dass alle diese Behörden über Informationen zu seinem diplomatischen Status verfügen würden. Eine umfassende Offenlegung könnte zur Anerkennung der vollen Immunität führen.

Die US-Regierung versucht, die Offenlegung von Beweismitteln zu verhindern

Der Staatsanwalt der US-Regierung brachte eine Reihe von etwas fadenscheinigen Argumenten vor, mit denen er den Richter aufforderte, den Brady-Antrag abzulehnen, und bezeichnete den Antrag als einen einfachen „Angelausflug“, der nicht begründet sei. Kurz gesagt, es handelte sich um eine juristische Taktik der Regierung, um die Wahrheit zu verbergen.

Die US-Staatsanwaltschaft argumentierte, dass die Anträge auf Einsichtnahme in Dokumente, die sich außerhalb der unmittelbaren Kontrolle der Staatsanwaltschaft befanden, abgelehnt werden sollten, selbst wenn sie sich im Besitz einer Regierungsbehörde befänden und selbst wenn sie Saabs Anspruch auf diplomatischen Status belegten. Der Staatsanwalt machte geltend, dass nur Material, das sich unter der unmittelbaren Kontrolle des Staatsanwalts befindet und mit den Ermittlungen in Zusammenhang steht, offengelegt werden kann; anderes Material, das sich im Besitz anderer Regierungsstellen befindet, kann gemäß Brady nicht angefordert und offengelegt werden.

Dies würde bedeuten, dass Saab, wenn die US-Regierung über endgültige Beweise für Saabs Status oder dessen Anerkennung bei Stellen verfügt, die sich der Kontrolle des Staatsanwalts entziehen, diese Informationen gemäß der Brady-Regel nicht erhalten kann.

Saabs Verteidigung argumentierte, dass er die Offenlegung von Informationen aus allen Bereichen der US-Regierung verlangt. Der Grund dafür ist, dass die gesamte US-Regierung mit seiner Auslieferung und Strafverfolgung befasst ist. So beantragte die Staatsanwaltschaft sogar die Teilnahme eines Mitarbeiters der Abteilung für nationale Sicherheit an der Anhörung, obwohl dieser zuvor nicht zum Team der Anklage gehörte.

Argumente zur diplomatischen Immunität von Saab

Im Folgenden werden die Argumente der Staatsanwaltschaft und die der Verteidigung beschrieben. Grundlage hierfür sind die jeweiligen Schriftsätze beider Seiten und insbesondere die Niederschrift der Anhörung vom 13. September.

Die Staatsanwaltschaft argumentierte, dass die Frage der Missachtung der diplomatischen Immunität in Cabo Verde geklärt worden sei, als die Auslieferung bewilligt wurde. Das US-Gericht sollte nicht von einem Präzedenzfall abweichen und die Rechtmäßigkeit der Entscheidung eines ausländischen Staates, eine Person auszuliefern, in Frage stellen. Ein solches Vorgehen würde im Hinblick auf Cabo Verde gegen die Doktrin des „act of state“ [6] verstoßen.

Saabs Verteidigung entgegnete, dass keine Behörde die Entscheidung Cabo Verdes, die Auslieferung zuzulassen, anerkennen müsse. Das Recht von Cabo Verde gilt in Cabo Verde und nicht in den USA.

Die Staatsanwaltschaft machte geltend, dass Saab weder nach dem Diplomatic Relations Act [7] noch nach dem International Organizations Immunities Act [8] Anspruch auf Immunität hatte, da er dem US-Außenministerium nie als Mitglied einer ausländischen Mission in den USA gemeldet worden war, einschließlich der bilateralen Mission Venezuelas und der Delegation bei der Afrikanischen Union.

Saabs Verteidigung argumentiert, dass Saab ohnehin auf dem Weg von Venezuela in den Iran war und zu keinem Zeitpunkt die USA durchquerte. Er hatte „Transitimmunität“.

Die Staatsanwaltschaft machte geltend, dass das US-Recht (US v. Alvarez-Machain, 1992 [9]) eine Strafverfolgung auch dann zulässt, wenn der Angeklagte fälschlicherweise in die USA geschickt wurde. Selbst eine gewaltsame Entführung verhindere nicht, dass man in den USA wegen Verstößen gegen US-Gesetze vor Gericht gestellt werde.

Saabs Verteidigung erklärte, dies sei eine unbegründete Ausrede, die es US-Agenten erlauben würde, eine Person in einem beliebigen Land zu entführen und sie für Verbrechen nach US-Recht vor Gericht zu stellen.

Im Mittelpunkt der Argumentation der US-Regierung steht die selbstherrliche Vorstellung, dass kein venezolanischer Diplomat Immunität genieße, da Washington die Regierung Maduro nicht anerkenne. Mit anderen Worten: Die imperiale Macht maßt sich die Befugnis an, zu bestimmen, wen andere Länder als ihre diplomatischen Vertreter ernennen dürfen.

Saabs Verteidigung wies darauf hin, dass es eine unbestrittene Tatsache ist, dass Venezuela, der Entsendestaat, und der Iran, der Empfangsstaat, nicht nur die Regierung des jeweils anderen anerkennen, sondern auch, dass Saab ein Sondergesandter ist.

In diesem Zusammenhang ist die Gewährung diplomatischer Immunität unabhängig von der Position der USA, welche Regierung Venezuelas sie anerkennen. Eine gegenteilige Auffassung würde sowohl die Verpflichtungen der USA als auch das Wiener Übereinkommen und das Gesetz über diplomatische Beziehungen völlig entstellen und jeglicher Bedeutung berauben. Die Nichtbeachtung dieses Urteils wäre für die diplomatische Welt und die internationalen Beziehungen verheerend.

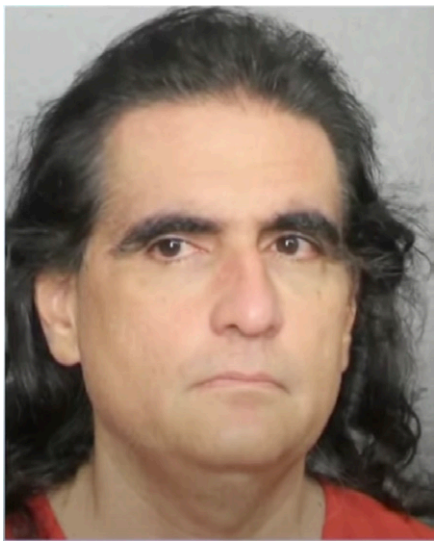
Die aktuelle Entscheidung des Gerichts

Die Argumente zur Verteidigung von Herrn Saab wurden dem Gericht am 13. September vorgelegt. Am 15. September entschied Richter Scola teilweise zu Gunsten von Herrn Saab und gewährte ihm einen eingeschränkten Zugang zu den Untersuchungsunterlagen. Die Offenlegung im Rahmen des Brady-Verfahrens würde auch Material umfassen, das sich unter der Kontrolle der Staatsanwaltschaft befindet: DEA, FBI und ICE.

Ausgenommen von der Offenlegung nach Brady sind Materialien, die sich im Besitz des Außenministeriums, des Büros für internationale Angelegenheiten, der Abteilung für nationale Sicherheit, des Finanzministeriums, des Verteidigungsministeriums und der US-Küstenwache befinden. Der Richter stellte fest, dass keine dieser Stellen an den Ermittlungen beteiligt war, die zur Anklageerhebung führten, so dass diese Stellen nicht nach Beweisen für den diplomatischen Status durchsucht werden müssen.

Die enge Auslegung der Brady-Verpflichtungen durch das US-Gericht birgt die Gefahr, dass eine große Ungerechtigkeit entsteht. Wenn die USA im Rahmen ihrer zahlreichen internationalen Beziehungen und Kontakte über Beweise für den Status von Saab verfügen, können sie diese verbergen, wenn diese Beweise außerhalb des Rahmens der strafrechtlichen Ermittlungen gegen ihn liegen.

Dies wäre sogar möglich, wenn die USA seinen Status als Diplomat in einem besonderen Zusammenhang außerhalb der Ermittlungen wegen der angeblichen Geldwäsche-Verschwörung anerkannt hätten. Diese Verweigerung der Gerechtigkeit könnte man mit einer Form von Lynchjustiz vergleichen.



Alex Saab (Youtube)

Gerichtsverhandlung am 12. Dezember und Vorschlag für eine außergerichtliche Lösung

Über Saabs diplomatische Immunität wird am 12. Dezember vor dem Southern District Court verhandelt. Im Moment ist Botschafter Alex Saab noch immer zu Unrecht inhaftiert und wartet auf seinen Prozess.

Wir sind der Meinung, dass Herr Saab als Diplomat anerkannt werden muss und das Verfahren eingestellt werden sollte. Es gibt einen außergerichtlichen Weg, dies zu revidieren. Die Biden-Administration kann sich auf einen Gefangenenaustausch [10] einlassen, der Herrn Saab mit seiner Familie und auch die in Venezuela inhaftierten US-Bürger mit ihren Familien zusammenführen würde. Venezuela ist dazu bereit, und die USA sollten das Gleiche tun.

Quellen:

[1] Responsible Statekraft, Daniel Larison, „Sactions are targeted warfare, and they do kill“, am 16.9.2022, ‹https://responsiblestatecraft.org/2022/09/16/sanctions-are-targeted-warfare-and-they-do-kill/›

[2] Current Affairs, Jacob Batinga, „Sanctions are Destructive, Illegitimate, and Totally Bipartisan“, am 1.9.2022, ‹https://www.currentaffairs.org/2022/09/sanctions-are-destructive-illegitimate-and-totally-bipartisan›

[3] Orinoco Tribune, „Alex Saab's Statement Before Being Extracted from Cape Verde by United States Regime (Letter)“, am 20.10.2021, ‹https://orinocotribune.com/alex-saabs-statement-before-being-extracted-from-cape-verde-by-united-states-regime-letter/›

[4] Sahara Reporters, „Venezuelan Envoy, Alex Saab's Case Confirms US Doesn't Want Independent African Institutions - Falana“, am 26.11.2021, ‹https://saharareporters.com/2021/11/26/venezuelan-envoy-alex-saab's-case-confirms-us-doesn't-want-independent-african›

[5] Cornell Law School, „Brady rule“, Dezember 2021, ‹https://www.law.cornell.edu/wex/brady_rule›

[6] Wikipedia, „Act of state doctrine“, ‹https://en.wikipedia.org/wiki/Act_of_state_doctrine›

[7] Congress.gov, „H.R.7819 - Diplomatic Relations Act“, ‹https://www.congress.gov/bill/95th-congress/house-bill/7819›

[8] Wikisource, „Public Law 79-291 International Organizations Immunities Act“, ‹https://en.wikisource.org/wiki/Public_Law_79-291›

[9] Justia US Supreme Court, „United States v. Alvarez-Machain, 504 U.S. 655 (1992)“, Oktober 1991, ‹https://supreme.justia.com/cases/federal/us/504/655/›

[10] Task Force On The Americas, Roger Harris, „Possible Prisoner Exchange in US Hybrid War against Venezuela“, am 12.9.2022, ‹https://taskforceamericas.org/possible-prisoner-exchange-in-us-hybrid-war-against-venezuela/›

Publiziert auf Free21 am 10.12.2022, 6:00 Uhr